

Die ersten Hundert

Kaum vierzehn Tage sind vergangen, seitdem wir unsere Leserdaten, unter Freunden und Kollegen Abonnenten für die „Universitätszeitung“ zu werben – und schon können wir ein merkliches Anwachsen von neuen Bestellungen verzeichnen. Auch wenn von den Journalisten, Philosophen und der Universitätsverwaltung nur einzelne Neubestellungen kamen, so beweist das doch, daß sich die Grundorganisationen an unserem Wettbewerb beteiligen wollen. Es kann ja nicht jeder sofort solche Erfolge melden, wie die Romanisten und Slavisten. Mit 15 und 54 neugeworbenen Abonnenten liegen sie zur Zeit an der Spitze. Sicherlich ist den Medizinern und Germanisten, Veterinärmedizinern und Mathematikern nicht bekannt, daß die Genossen des Romanischen und Slavischen Instituts in der Redaktion Stühle neuer Abonnentenscheine holten, sie würden sichtlich eine andere Initiative entwickeln!

Aber was nicht ist, kann noch werden.

Das nächste Mal an dieser Stelle mehr über den Wettbewerb der Grundorganisationen zur Werbung neuer UZ-Leser.

Frauenausschüsse tagten in Leipzig

Am 20. Januar trafen sich in Leipzig die Vorsitzenden der Zentralen Frauenausschüsse der Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien sowie Vertreterinnen der Frauenausschüsse verschiedener Betriebe zu einer zweistägigen Beratung. Frau Herta Schorf, Vorsitzende des Frauenausschusses der Karl-Marx-Universität, betonte im einleitenden Referat, daß die Frauenausschüsse nicht nur soziale, sondern vor allem auch politische Aufgaben zu lösen haben. Drei Schwerpunkte sollen künftig die Arbeit der Ausschüsse bestimmen: Wirksamere Hilfe den berufstätigen Frauen und Erweiterung der sozialen Einrichtungen, mehr Aufmerksamkeit der planmäßigen beruflichen Qualifizierung, Heranführung alter Frauen an die gesellschaftlichen Probleme.

Die Diskussion ergab eine Fülle von Anregungen. Oberin Schmidt setzte sich für eine Verbesserung der Arbeit der Schwestern ein. Frau Dr. Kieffert, Rostock, regte an, daß Pädagogiestudenten berufstätigen Müttern bei der Erziehung ihrer Kinder helfen. Frau Dr. Mühlfranz, TH Dresden, berichtete über die politische Arbeit ihres Ausschusses. Am zweiten Tag der erfolgreichen Konferenz beschloßen die Teilnehmer Universitäts-einrichtungen.

Anfang Januar verstarb infolge eines Unfalls der 89 Jahre alte Genosse Otto Ludwig, Pflüger in der Ochronik. Trotz seines Alters beteiligte er sich rühmlich an der gesellschaftlichen Arbeit. Alle Genossen und Kollegen bedauern den frühen Verlust eines so bewährten Kollegen. Die Universitäts-Parteilitung drückt ihr tief empfundenen Beileid aus.

Aus dem Universitätsgeschehen

Herr Prof. Dr. Gerhard Fanelau, Direktor des Geographischen Instituts Potsdam wurde zum Professor mit Lehrstuhl für das Fachgebiet Geophysik an die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät berufen.

Herr Dr. Koblach, Prag, besuchte am 21. Januar das Institut für Pädagogik.

Herr Dr. Erich Schade wurde zum Dozenten für Politische Ökonomie am Institut für Gesellschaftswissenschaften ernannt.

Herr Dr. Volkmar Tregulitz wurde mit der Wahrnehmung einer Dozentur für das Fach Arbeitsökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät betraut.

Insgesamt 143 Studenten der Chemischen Institute nahmen an den Weihnachtsferien an einwöchigen Arbeitseinsätzen teil.

Mahnende Worte zum 30. Januar, an dem vor 25 Jahren die Faschisten die Macht an sich rissen, richtete Prof. Dr. Hans Mayer zu Beginn seiner Vorlesung an 400 Studenten. Er forderte, daß jeder Angehörige der sozialistischen Universitäten entschieden gegen die Kräfte der Reaktion kämpfen müsse.

Mit einem in herablassenden Worten gehaltenen Schreiben bedankte sich der Präsident des ISB, Jiri Pelikan, bei Rektor Prof. Dr. Mayer für die freundschaftliche Aufnahme der Teilnehmer der ISB-Exekutivtagung.

57 sozialistische Studenten wählten vom 28. bis 30. Januar in Leipzig und bestellten Schenkwürdigen und Universitäts-einrichtungen unserer Stadt. Von den Freunden der Juristenfakultät und der Fakultät für Journalismik wurden sie zu Freundschaftstreffen eingeladen.

Mit 45 Funktionären der FDJ beriet die Hochschullerngruppenleiterin am 25. und 26. Januar die Aufgabe des Jugendverbandes in diesem Semester. Die Konferenz nahm einen Brief an die Kommission der Universitäten München und Würzburg an, in dem die westdeutschen Studenten zur Unterstützung der Volksbefreiung aufgefordert werden.

180 DM für den Ausbau des Rostocker Hefens spendeten 29 Germanistik-Studenten und 4 Wissenschaftler, die eine Woche im VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz arbeiteten.

59 Ferienplätze im 150 Meter hoch gelegenen Hammerbrücke sowie Klaxen-Gal stehen unserer FDJ-Organisation

Universitätszeitung, 6. 2. 1958, Seite 2

Die Parteiwahlen beginnen

Erziehung der Genossen Schlüssel zum Erfolg

In den nächsten Wochen führt die Partei die Neuwahl ihrer Leitung durch. Die Parteigruppen, Grundorganisationen und Delegiertenkonferenzen werden zusammentreten, um die Arbeit des letzten Jahres einzuschätzen und die nächsten Aufgaben festzulegen. Das ist ein wichtiges Ereignis im Leben der Partei.

Unsere Parteiorganisation hat in der ablaufenden Wahlperiode eine Reihe schöner Erfolge erzielt. Insbesondere ist es uns gelungen, mit der großen Mehrheit der Universitätsangehörigen in das Gespräch über die Grundfragen der gegenwärtigen Lage, über die Perspektive der Entwicklung in Deutschland und die Fragen des sozialistischen Aufbaus zu kommen und neue Kräfte für die Teilnahme an unserem Kampf zu gewinnen. Diese größere Wirksamkeit ist nicht zuletzt auf die zunehmende Festigung der Parteiorganisation und die Aktivierung ihrer Mitglieder zurückzuführen.

Die Aufgaben werden aber nicht kleiner und es gilt, die Kampfkraft der Partei weiter zu erhöhen. Dazu können und müssen die Parteigruppen wesentlich beitragen, indem sie gründlich ihre Tätigkeit einschätzen und sich besonders damit befassen, wie es ihnen gelungen ist, die Parteilosigkeit für die Politik der Partei zu gewinnen. Es gilt auch die Ursachen aufzudecken, weshalb einige Genossen sich vom politischen Kampf zurückhalten. Sind sie mit der Politik der Partei nicht einverstanden? Oder haben sie noch nicht begriffen, welche große Aufgaben gegenwärtig zu lösen sind, nachdem die Partei von uns fordert, die Universität zu einer sozialistischen Bildungsstätte zu entwickeln?

Zu Beginn des Frühjahrsemesters übergab die Parteiorganisation der Chemiker allen Angehörigen der chemischen Institute eine Erklärung, die lebhaftes Interesse fand und seit langem nötige Diskussionen auslöste. Am Mittwoch, dem 29. Januar, fand eine zweite Versammlung der Grundorganisation statt, deren Aufgabe es sein sollte, über die Ergebnisse der Diskussion in den Parteigruppen zu beraten und die nächsten Etappen auf dem Wege zu einer sozialistischen Bildungsstätte festzulegen.

Genosse Harri Heyne, Sekretär der Universitätsparteilitung, wies zu Beginn darauf hin, daß die wichtigste Aufgabe der Genossen an den chemischen Instituten die Festigung ihrer Parteiorganisation sei, die nur im Meinungsstreit und im Kampf um das sozialistische Bewußtsein aller Angehörigen der Institute vor sich gehen könne. In der Diskussion erwies sich, daß ein beachtlicher Teil der Genossen

immer noch keine Klarheit über die gegenwärtigen Aufgaben der Grundorganisationen gewonnen hat. Keiner protestierte, als Genosse Dr. Mühlfranz den Stand der Partei für die besonderen Belange einiger Assistenten forderte, ohne von dem Verhältnis dieser Genossen Wissenschaftler zur Partei zu sprechen. Die Ausschlussersetzung mit der Parteigruppe der Wissenschaftler ist eine dringende Aufgabe aller Genossen der chemischen Institute geworden. Ohne sozialistische Erzieher wird das Bemühen um eine sozialistische Bildungsstätte nicht erfolgreich sein können.

In den meisten Aussprüchen der Parteigruppen über die Erklärung beschäftigten sich die Genossen zwar mit den Studenten, die namentlich genannt wurden, begnügten sich aber damit und beschloßen kaum Maßnahmen, die Massenarbeit der Partei an den chemischen Instituten voranzubringen. Dieser Mangel wurde während der Parteiversammlung der Grundorganisation spürbar. Sie hätte kämpferischer sein müssen und durfte auf keinen Fall jene Kollegialität widerspiegeln, die in den meisten Gruppen die Diskussion immer noch bestimmt und ein Hindernis für die Festigung der Parteiorganisation darstellt.

Eine Ausnahme bildeten lediglich die Genossen des I. Studienjahres. Sie kritisierten die mangelnde Parteiverbundenheit des Genossen Voltart und gaben damit den Parteigruppen der anderen Studienjahre ein Beispiel.

In diesem Kampf kommt es auf jeden einzelnen Genossen an, wir können auf keinen verzichten. Deshalb gehen wir bei der Einschätzung unserer Arbeit davon aus, wie jeder Genosse sich lächelnd in der politischen und fachlichen Arbeit bewährt und wie er darum ringt, die Politik der Partei zu verwirklichen. Darüber hinaus gibt es natürlich noch eine ganze Anzahl von Fragen, die in den Parteigruppen eine Rolle spielen, aber die Erziehung aller Genossen, die sich im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft in der Partei zusammengeschlossen haben, ist der Schlüssel zum Erfolg.

Diese Aufgabe steht vor allen Grundorganisationen. Betrachten wir als Beispiel die Parteigruppe der Physiker. Welche Mängel sind dort zu beseitigen? Es gibt heute keine Zweifel mehr darüber, daß die Angehörigen des Lehrkörpers eine große Verantwortung für die Erziehung der Studenten im Sinne des Sozialismus tragen. In erster Linie die Genossen im Lehrkörper und in der Assistentenschaft. Wieso führt man aber an physikalischen Institut kaum, daß es dort Genossen Professoren, Dozenten und Assistenten gibt? Die Genossen der Parteigruppe der Wissenschaftler werden sich damit auseinandersetzen müssen, wie sie mit ihren parteilosen Kollegen über politische Fragen diskutieren und mit ihnen über die Verbesserung der Erziehungsarbeit beraten haben. Die Arbeit dieser Parteigruppe kann aber nicht vorankommen, wenn sie weiterhin so selten zusammentritt und nicht zu wichtigen politischen Ereignissen Stellung bezieht. Die Genossen können aber auch nicht weiterhin an der Tatsache vorbeigehen, daß einige Genossen Wissenschaftler seit Monaten an keiner Mitgliederversammlung teilgenommen haben. Die poli-

tische Arbeit am physikalischen Institut wird schnelle Fortschritte machen, wenn alle Genossen Wissenschaftler ihre Verantwortung erkennen und immer als Parteimitglieder auftreten. (Das Parteizychehen gehört auch dazu!)

Aber auch unter den Genossen Studenten bedürfen noch viele Fragen einer Klärung. Warum ist die politische Arbeit an diesem Institut schwächer als an anderen Instituten der Universität? Ein Physiker ist doch genauso in der Lage, die politische Entwicklung in der Welt zu verstehen, wie ein Germanist. Die Genossen Studenten sollten sich aber fragen, ob sie wirklich genügend mit ihren Freunden über politische Probleme diskutieren und ob sie dazu immer in der Lage sind. Das Studium des Marxismus-Leninismus und auch die regelmäßige Information in der Tagespresse ist in erster Linie für jeden Genossen unentbehrlich, wenn er seine Aufgaben erfüllen will. Darüber hinaus müssen sich aber die Genossen im 4. Studienjahr nun endlich klarwerden, warum sie immer noch vor den Elementen zurückweichen, die die Lehrveranstaltungen im Grundlagenstudium zur Trübsnis ihrer konterrevolutionären Umtriebe machen wollten. Sie können aber die parteilosen Freunde nicht für unsere Sache gewinnen, wenn sie unsere Auffassungen nicht offenstärker darlegen. Das gilt auch für die Genossen im 3. Studienjahr, die ihre politische Wirksamkeit unter dem Gesichtspunkt überbrücken müssen, wie es ihnen gelungen ist, fortschrittliche Kräfte für unsere Partei zu gewinnen. Die Genossen Physiker werden darum ringen, ihre Arbeit zu verbessern, wie alle Grundorganisationen das werden, weitere Erfolge für unsere sozialistische Sache zu erzielen. Das ist unsere große Aufgabe bei den Parteiwahlen.

Jochen Böhm

„Kollegialität“ hilft uns nicht weiter

Chemiker sprachen über Parteilarbeit - I. Studienjahr auf dem richtigen Weg

Während der Aussprache kamen einige Genossen noch einmal auf den Besuch der Chemikertagung in Westberlin zu sprechen. Genosse Dr. Mühlfranz bestätigte, daß die Veranstaltung von reaktionären westdeutschen Kreisen im Auftrag der IG-Farben gegen die DDR mißbraucht wurde. Er betonte aber, daß die wissenschaftlichen Vorträge von internationalem Niveau gewesen seien. Damit läßt sich natürlich der illegale Besuch dieser Tagung nicht rechtfertigen. Es ist zu begrüßen, daß sich die Parteigruppe des 6. Studienjahres entschloß, gemeinsam mit der FDJ eine Studienjahrsversammlung einzuberufen, um von den Studenten, die ohne Erlaubnis nach Westberlin fuhren, Rechenschaft zu verlangen.

Im Auftrage der Parteilitung beendete Genosse Schöllner die Diskussion auf dieser Parteiversammlung und nannte einige der wichtigsten Aufgaben für die nächste Zeit. Die Genossen Chemiker sind verpflichtet, innerhalb des sozialistischen Jugendverbandes für die Durchführung der Parteibeschlüsse zu sorgen. Das verlangt, daß alle Mitglieder der Grundorganisation in jeder Situation als Genossen auftreten. In erster Linie gilt diese Forderung für die Genossen Wissenschaftler, die ihre Verpflichtung als sozialistische Erzieher erkennen und sich mit ganzer Kraft für den Sieg des Marxismus-Leninismus an den chemischen Instituten einsetzen müssen.

A. K.

An die UZ geschrieben

Es soll nicht beim Freundschaftstreffen bleiben

43 Studentinnen und Studenten der Fachrichtung Biologie nahmen in der zweiten Januarwoche am Arbeitseinsatz in Deuten teil. Sie bewiesen damit, daß sie die Notwendigkeit, die Braunkohlenindustrie gerade im Winter mit Arbeitskräften zu unterstützen, eingesehen hatten. Unser Patentbetrieb Deuten hatte sich auf die Ankunft der Studenten gut vorbereitet und unterstützte uns auch sonst in jeder Hinsicht. Wir möchten unserem Patentbetrieb für die freundschaftliche Aufnahme danken.

Die Studentinnen wurden beim Gleisbau, die Studenten mit Verladungsarbeiten beschäftigt. An den ersten beiden Tagen waren die Zusammenkünfte mit den Arbeitern des Betriebes und die Arbeitsorganisation nicht zu, wie wir es uns wünschten. Wegen mangelhafter Arbeitsorganisation traten oft unnötige Pausen auf. An den folgenden Tagen konnten wir mit den Arbeitsergebnissen zufrieden sein. Die Studenten erbrachten täglich überdurchschnittliche Leistungen. In einer Hochleistungsschicht anlässlich der Tagung des Exekutivkomitees des Internationalen Studentenförderungsbundes konnten wir die Norm mit 143 Prozent übererfüllen.

Wir hatten während unseres Aufenthaltes in Deuten noch ein besonderes Anliegen: Die Freundschaftsbeziehungen zu der FDJ-Gruppe des Betriebes enger zu gestalten. Es wurde ein Freundschaftstreffen durchgeführt, auf dem wir die Gelegenheit hatten, Fragen zu stellen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Es muß noch erwähnt werden, daß sich alle Studenten bereit erklärten, von ihrem Arbeitslohn 10 DM zur Unterstützung des Freiheitskampfes in Algerien und für den Internationalen Studentenförderungsbund zu spenden.

stud. biol. Hannelore Klötzer

stud. biol. Heuß und die Sonntagsarbeit

„Haben unsere Väter dafür gekämpft, daß Arbeiter am Sonntag arbeiten müssen?“ Diese Äußerung machte stud. biol. Klaus Heuß in der Diskussion im 2. Studienjahr der Biologen, als es sich um die Annahme einer Resolution zum Falle Schmutzler handelte. Handelt es sich hier um eine Einzelercheinung an der Karl-Marx-Universität? Glücklicherweise ist es so! – Und wie ist so etwas ausgerechnet bei den Biologen möglich?

Die Studenten dieses Lehrjahres sollen künftig in der Schule als Erzieher wirken und auf der Grundlage des dialektischen Materialismus lehren. In dieser Gruppe befinden sich Studenten, die die Grundsätze der modernen Biologie mit der transzendentalen Schöpfungsgeschichte vereinbaren wollen und Schmutzlers Wenden in Sprache und politischer Argumentation, da sie angeblich auf „biblischen Sprüchen und Gleichnissen beruhen“ nicht nur entschuldigend, sondern einfach für durchaus richtig halten.

Die anderen Studenten dieser Gruppe sind so wenig parteilich, daß sie bisher keine Auseinandersetzungen, wie sich Wissenschaft und Aberglauben verein-

baren, anstreben. Werden die auf der Seite des Fortschritts stehenden Studenten ihre Haltung ändern und mit voller Klarheit in politischen und wissenschaftlichen Fragen kämpfen? Oder glauben sie auf Auseinandersetzungen verzichten zu können, da ihnen doch ihr künftiges Bestimmungsfeld so ziemlich sicher ist?

In der Diskussion, die sich bei dieser Gruppe Biologen weiterhin gefolgt werden müssen, sollte die Frage aufgeworfen werden, ob die erwähnten Väter daran gedacht haben können, wozu und für wen sie kämpften. Ganz gewiß glauben sie nicht, daß unter Berufung auf sie einzelne „Repräsentanten“ der jüngsten Generation jeglichen Kampf aufgeben und recht geruhend die Früchte ihres Kampfes und ihres Opfernats ernten wollen.

Senglaub sen.

Wenn die HGL

falsch informiert ...

In der Ausgabe vom 9. Januar der „UZ“ wurde mit einer Karikatur und einem Verschen darauf hingewiesen, daß kein einziger Student des Romanischen Instituts in den Weihnachtsferien zum Braunkohleneinsatz fuhr. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch anders: Alle einsetzsfähigen Jungen des 1. bis 4. Studienjahres arbeiteten eine Woche im BKW Zippendorf, mit Ausnahme zweier Studenten, die ihren Einsatz in den Messerfesten nachholen werden. Weiterhin haben sich alle Mädchen der ersten vier Studienjahre verpflichtet, in den Messerfesten eine Woche in der sozialistischen Industrie zu arbeiten.

stud. phil. rom. C. Bochmann

DEBATTE

Dr. rer. nat. E. Schulze

Ich nehme an, daß es sich weniger um die Person des Herrn Müller handelt, als vielmehr ganz allgemein um die Frage, ob für republiklichsche Studenten nach ihrer Rückkehr in die DDR eine Wiederaufnahme ihres Studiums möglich ist.

Wenn ein Student, der republiklichsche geworden ist, seinen Fehler einsieht und zurückkehren will, so sollte man ihm nach Möglichkeit entgegenkommen. Ob man ihm eine sofortige Wiederaufnahme seines Studiums gestattet oder ihn erst eine angemessene Zeit in Großbetrieben unserer Republik arbeiten läßt, kann

Haben wir für Müller einen Studienplatz?

wohl nur von Fall zu Fall entschieden werden.

Die Arbeiterklasse, die in großzügiger Weise ihre begabten Kinder frei von wirtschaftlichen Sorgen studieren läßt, hat ein Recht darauf, von diesen zu verlangen, daß sie nach abgeschlossenem Studium ihre ganze Kraft für den friedlichen Aufbau des Sozialismus in unserer Republik einsetzen.

stud. phil. Roland Schubert

Natürlich gehen wir Müller die Möglichkeit, in die DDR zurückzukehren, aber nicht an unsere Universität, Müller hat unseren Staat verraten, daran ändert auch seine Reue nichts. Wenn er die Erlaubnis der DDR erst bemerkt hat, als es ihm drüben materiell schlecht ging, dann kann es mit seinen Geisteskräften nicht weit her sein. Wir verlieren also nicht viel. Wenn er nur zurückkommen will, damit es ihm hier materiell besser geht, dann ist seine Reue eben zu materiell, als daß wir wieder Vertrauen zu ihm haben könnten. Solange wir nicht genügend Studienplätze für junge Menschen haben, von denen man mehr erwarten kann als von Müller, ist an unserer Universität für ihn und seinesgleichen kein Platz. Das Studium ist bei uns keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Auszeichnung, die ein Republiklichschüler verdient hat.

Dr. med. Sengels, Dresden A 1

Durch Zufall bekam ich Ihre Zeitung in die Hände. Ich habe auch an mehreren Universitäten Vorlesungen gehört und dabei nur lernen können. Bitte betrachten Sie doch Herrn Müllers Ersuchen auch einmal aus dieser Sicht!

stud. biol. Brigitte Engelmann

Meiner Meinung nach sollte Claus Dieter Müller zu uns in die DDR zurückkehren und durch seine aktive Mitarbeit in Industrie oder Landwirtschaft beweisen, daß er seinen Studienplatz an unserer Universität verdient.

stud. biol. Heigo Böser

Ich bin der Meinung, daß Claus Dieter Müller, wenn er wieder in unsere Republik zurückkehrt, sich erst genau wie Diemar Köhler seine Berechtigung zum Studium in der Industrie erwirbt. Müllers hat durch seine Flucht aus der Deutschen Demokratischen Republik gezeigt, daß kein Vertrauen zu unserem Arbeiter- und Bauern-Staat und zu unserer Regierung hat, nun soll er uns erst beweisen, ob er dieses Vertrauen wiedergewonnen hat und würdig ist, als Student an einer sozialistischen Hochschule zu studieren.

cond. journ. Hans-Dieter Tok

Müller hat unsere Republik verraten, indem er ihr den Rücken kehrt und zum Feind ging. Er erkannte seinen Verrat wenn auch spät. Er möchte ihn sühnen und in unsere Republik zurückkommen, weil er angeblich das Vertrauen zu uns wiedergewonnen hat. Soll er es beweisen? Auf dem Lande, gibt es auch für ihn die mannigfaltigsten Gelegenheiten, um seinen schweren Fehler zu korrigieren. Wenn er diesen nicht liebt, aber richtig ist und für ihn bestimmt wertvoller ist, wird er sich durch die Tat das Recht erwerben, an einer sozialistischen Universität sein Studium zu vollenden.

Heinz Asmus, Fernstudent der Wifa

Hat denn Müller neben seinem Studium keine Augen für die Gegenwart? Er hat er gerungen, wie sich persönlich über das Los der Studenten in kapitalistischen Staaten zu überzeugen. Nichts zeigen seine Rückkehr in die DDR, aber dabei soll man nicht schwelgen und ihm die Wiederaufnahme des Studiums in Aussicht stellen.

Wer seine Fehler erkennt hat, soll sie Schwerepunkte unserer Industrie zunächst durch seine Arbeit beweisen, wie erst diese Erkenntnis ist. Eine gute Hilfe wäre, soll ihm nicht versetzt bleiben, jedoch dürfte ein Studium nicht wieder in Frage kommen. Wissen wir, ob der Rückkehr in jedem Fall aus einem Antriebe erfolgt oder ob dahinter gewöhnliche Interessiertere stehen, denen es um den weltweiten schädlichen Einfluß auf unsere Hochschulen geht?

Man sollte mit aller Försicht feststellen, daß Republiklichsche – eine Ausnahme – zunächst mit allem verbunden haben, was sie bei uns hatten. Nur so kann Ordnung auch in den Köpfen jener Studenten geschaffen werden, die erst heute noch versucht sind, den gleichen Weg wie Müller zu gehen.

Mit dem Abdruck dieser Lesermeinungen ist in jedem Falle der Ansicht der Redaktion entgegen, schließen wir die Debatte um den Studenten C. D. Müller ab. Wir bitten allen Lesern, die sich an dieser Aussprache beteiligen, die Meinung der Redaktion zu diesem Problem lesen Sie in unseren nächsten Ausgaben.